

Nun liest man wieder fast täglich in den Zeitungen wie "heroisch" die Zentralbanken gegen die Inflation kämpfen. Fast kein kritisches Wort wird laut in den Mainstream-Medien und fast scheint einhellig akzeptiert, dass auch unsere Nationalbank immer nur das absolut Beste beabsichtigt für unser Land. Theoretisch sollten die Zentralbanken unabhängig sein von der Politik, da aber auch in der Schweiz die Direktion von politischen Gremien nach parteipolitischen Gesichtspunkten gewählt wird, ist dies wahrscheinlich eher ein frommer Wunsch. Gerade heute erschien die Meldung über den grossen Verlust der Nationalbank aufgrund währungspolitischer Entwicklungen und gleichzeitig wurde erwähnt, dass die Geldverteilung an die Kantone fröhlich weitergeht. Das Parlament hat das ja so bestimmt. Ebenfalls die Goldverkäufe, also der Ausverkauf unseres "Tafelsilbers" gehen unvermindert weiter. Niemand will wissen, dass man dieses Tafelsilber, welches eigentlich dem Volk gehört, nur einmal verkaufen kann. Vor allem wird ja der Erlös nicht "nachhaltig" angelegt, sondern je nach Empfänger-Kanton für irgendwelche Ausgaben verschleudert.

Man muss sich auch im Klaren sein, dass "Gewinne" der Nationalbank ja nicht das Ergebnis erfolgreicher wirtschaftlicher Tätigkeit sind, sondern meist nur das Resultat von Währungsschwankungen. Es macht daher keinen Sinn, diese "Gewinne" zu verteilen, weil früher oder später, wie das letzte Jahr gezeigt hat, eher früher, sich diese "Gewinne" in Verluste verwandeln können.

Die wenigsten Steuerzahler machen sich auch ihre eigenen Gedanken zum Entstehen von Inflation. Man akzeptiert zum Beispiel zur Zeit bereitwillig die von den staatsgläubigen Medien verbreiteten Märchen, dass die Erhöhung der Rohstoffpreise die einzigen Schuldigen an der Inflation seien. Dass Inflation aber eigentlich nur entstehen kann, wenn die Zentralbanken die Geldmenge erhöhen (also quasi Geld drucken) realisieren die wenigsten Bürger.

Zentralbanken sind staatliche Inflationsbehörden

*Zentralbanken bekämpfen lediglich die von ihnen selbst durch eine Politik zu billigen Geldes verursachten Preisanstiege.*

Die Europäische Zentralbank ist kein Anwalt einer stabilen Währung - ihre vermeintliche Politik des knappen Geldes ist weitgehend ein Mythos. Dieses Urteil mag zunächst erstaunen. Die EZB schneidet bei Vergleichen regelmässig besser ab als etwa das US-amerikanische Pendant, die «Fed». Öffentliche Kritik kommt überwiegend von Befürwortern einer Wachstumspolitik. Ihnen ist die stabilitätsorientierte Geldpolitik ein Dorn im Auge. Abgesehen von einer verschwindend geringen Minderheit dürfte in Europa kaum jemand auf die Idee kommen, dass die Zentralbank etwas anderes sein könnte als der prädestinierte Währungshüter. Zum zehnjährigen Jubiläum des Euro wurde der EZB von offizieller Seite eine gute Arbeit attestiert.

Nun ist das Thema «Inflation» wieder auf der Tagesordnung. Und es gehört nicht viel dazu, zu prognostizieren, dass dies lange Zeit so bleiben wird. Die EZB erfährt reflexartig Lob für ihre aktuelle Politik; sie «hat den Kampf gegen die Inflation wieder aufgenommen» heisst es in der Neuen Zürcher Zeitung. Grund ist die Erhöhung des Leitzinses um einen Viertelprozentpunkt auf 4,25 Prozent. Zugleich verweist die Masse der Kommentatoren auf preistreibende Effekte von Rohstoffen, Nahrungsmitteln und Löhnen. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung schreibt: «Indexierte Löhne treiben Preise». Diese und andere Darstellungen beruhen auf drei fehlerhaften Annahmen.

Erster Trugschluss: Inflation bedeutet Preisanstieg. Zweiter Trugschluss: Zentralbanken garantieren stabile Währungen. Dritter Trugschluss: Güterwirtschaftliche Entwicklungen verursachen Inflation. Tatsächlich verhält es sich so: Inflation bedeutet Aufblähen der Geldmenge. Zentralbanken, und nur Zentralbanken, sind die Ursache für instabile Währungen. Güterwirtschaftliche Entwicklungen können nur im Zuge einer Aufblähung der Geldmenge inflationär wirken. Diese Feststellung lässt sich logisch nicht widerlegen - der empirische Beleg durch eine seit geraumer Zeit offiziell um 14 Prozent wachsende Geldmenge ist lediglich Beiwerk. Gäbe es eine konstante Geldmenge, würde der Preisanstieg eines Gutes automatisch dazu führen, dass bei gleicher Nachfrage der Preis eines anderen Gutes sinken müsste. Im Falle einer veränderlichen Nachfrage könnten andere Güter weniger oder nicht mehr nachgefragt werden.

Deutlich wird dies an dem derzeit wieder die Runde machenden Trugschluss der vermeintlichen «Lohn-Preis-Spirale». Löhne können Preise nicht einfach so treiben. Vielmehr ist das Versagen der Zentralbank hierfür ursächlich. So würde ein Anstieg von Löhnen über ein «Gleichgewichtsniveau» bei knappem Geld nicht zu Inflation, sondern zu Arbeitslosigkeit führen. Der Publizist der Österreichischen Schule Henry Hazlitt bringt es auf den Punkt, wenn er urteilt, umgekehrt würde ein Anstieg der Preise ohne einen parallelen Anstieg des in den Portemonnaies der Menschen verfügbaren Geldes lediglich zu sinkenden Absatzzahlen führen. Lohn- und Preissteigerungen sind also die Folge der Inflation, nicht ihre Ursache. Ihr Ausmass wird entscheidend durch die Aufblähung der Geldmenge bestimmt.

Inflation ist ein geldpolitisches Problem. Zentralbanken bekämpfen lediglich die von ihnen selbst durch eine Politik zu billigen Geldes verursachten Preisanstiege. Ludwig von Mises illustrierte dieses Phänomen mit dem Bild eines Diebes, der ruft: «Haltet den Dieb».

Berücksichtigt man dies, so bleiben verheerende Fehlschlüsse aus, wie der von Nobuo Tanaka, dem Generalsekretär der Internationalen Energie Agentur: «Die Rekordpreise am Erdölmarkt bedrohen die globale Wirtschaft und die soziale Wohlfahrt von Millionen von Menschen.» Auch wenn der aktuelle Ölpreis nicht auf triviale Weise zustande kommt, ist es angesichts der Jahre langen unverantwortlichen Niedrigzinspolitik der Fed kein Ausdruck von Polemik, die Zentralbanken als Bedrohung der Wohlfahrt von Millionen von Menschen verantwortlich zu machen.

Zentralbanken sind Inflationsbehörden. Die EZB ist der europäische Anwalt der Inflation, deren grösster Profiteur der Staat ist. Die Alternative ist die natürliche, freie Geldproduktion, die nachgewiesen funktioniert. Der Staat ist dabei auf den Schutz von Eigentum(srechten) begrenzt. Erforderlich ist lediglich ein Schritt, die Abschaffung der gesetzlichen Privilegien der Zentralbank und anderer Währungsbehörden. Wie Jörg Guido Hülsmann nachgewiesen hat, ist dies aus rechtlichen, wirtschaftlichen und moralischen Gründen geboten.

*Das Liberale Institut bedankt sich beim Institut für unternehmerische Freiheit, Berlin, für die freundliche Genehmigung zur Weiterveröffentlichung.*

Michael von Prollius  
15. Juli 2008

